
1144/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 20.05.2010

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Schenk, Dr. Spadiut
Kollegin und Kollegen
betreffend Burnout-Studie

Ein Drittel der Lehrer leiden unter dem Burnout-Syndrom, oder stehen kurz davor („Presse“, 12.5.2010). Schätzungen zufolge sind knapp 60.000 Schüler an Burnout erkrankt, jeder dritte Schüler steht massiv unter Stress („Standard“, 18.2.2010). Auch mehr als die Hälfte aller Polizisten weisen Burnout-Syndrome auf (24.9.2009, www.orf.at). Studien der Universitätsklinik Zürich lassen vermuten, dass Burnout bei Hausfrauen und bei berufstätigen Müttern tendenziell zunimmt, etwa jede dritte Hausfrau leidet an Burnout. Untersuchungen im Pflegebereich zeigen, dass 40 bis 60% der Pflegerkräfte und bis zu 30% der Ärzte ebenfalls an Burnout erkrankt sind. Demnach ist fast jede Berufsgruppe oder soziale Schicht betroffen, Burnout ist eine Volkskrankheit.

Laut EU-Kommission fallen aufgrund psychischer Belastungen jährlich 20 Milliarden gesundheitsbezogene Kosten. Betriebe bezahlen die negativen Folgen von Stress und Erschöpfung mit direkten Kosten durch Entgeltfortzahlungen und indirekten Kosten Ersatzpersonal, Produktionsausfall, etc.). Österreichische Arbeiter und Angestellte kamen 2009 auf über 2,4 Millionen Krankenstandstage aufgrund psychischer Probleme wie Burnout und Depressionen. Krankenstände wegen psychischer Probleme dauern besonders lang, im Schnitt fallen die Betroffenen 37 Tage lang aus, das ist drei Mal so lang wie ein Krankenstand im Durchschnitt dauert.

Laut WHO werden bis 2020 psychische Störungen mit Abstand die wichtigste Ursache für Arbeitsunfähigkeit sein. Schon jetzt sind laut einer Untersuchung der Europäischen Beobachtungsstelle für berufsbedingte Risiken bis zu 60 Prozent aller versäumten Arbeitstage auf Stress zurückzuführen. Genaue Berechnungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen von Burnout sind für Österreich nicht vorhanden.

Das sehen auch die Frauensprecherinnen der Koalition so:

„Faktum ist: Burn-out ist eine Volkskrankheit, das wissen wir. Faktum ist, dass wir in Österreich darüber keine genauen Daten haben – weder über die Ursachen, noch über die Anzahl. Das heißt, wir brauchen Ursachenforschung, wir brauchen Daten und Zahlen, um auch tatsächlich Lösungen finden und auch Maßnahmen setzen zu können. Das ist auch das Ziel einer Studie, die gemacht werden soll...“ (Abgeordnete Schittenhelm in der 53. Sitzung des Nationalrates am 29. Jänner 2010)

Auch die Abgeordnete Wurm fragte sich: „Gibt es genügend Daten hier in Österreich? Gibt es genderspezifische Daten? Ist hier noch etwas im Bereich der Forschung beziehungsweise in Bezug darauf, dass wir mehr Daten erheben sollten, zu tun?“

Wie so oft, blieben vollmundige Ankündigungen reine Theorie. Im Gesundheitsausschuss wurde der Antrag mit der Argumentation, dass es bereits genügend Daten gäbe, vertagt. Dies führt die Arbeit des Hohen Hauses ad absurdum. Selbst das Gesundheitsministerium verwendet laut einer Anfragebeantwortung (3818/AB) Zahlenmaterial aus dem Jahr 2007.

Da Burnout-Erkrankungen in den letzten Jahren rasant zugenommen haben, ist es enorm wichtig, die aktuelle Lage in Österreich zu evaluieren, um gezielt Präventivmaßnahmen setzen zu können.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„„Der Gesundheitsminister wird aufgefordert, ehestmöglich eine umfassende Studie über Burnout-Erkrankungen in Österreich in Auftrag zu geben.“

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an den Gesundheitsausschuss vorgeschlagen.